



Niederschrift

über die 18. Sitzung des Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschusses
am 29.01.2013

Sitzungsort: kleiner Ratssaal, Markt 1, 53757 Sankt Augustin
Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 22:08 Uhr

Anwesend waren:

Vorsitzende/r
Knülle, Marc

Vorsitzender

CDU-Fraktion

Weber, Helmut
Feld-Wielpütz, Claudia
Puffe, René
Bambeck, Jörg
Müller, Bernhard
Mölders, Martina
Mick, Marlies

Ratsmitglied
Ratsmitglied
Ratsmitglied
Ratsmitglied
Ratsmitglied
Ratsmitglied
sachkundige Bürgerin vertretend

SPD-Fraktion

Nettesheim, Andreas
Seifen, Torsten
Bilgmann, Brigitte
Kespohl, Peter

Ratsmitglied
sachkundiger Bürger
Ratsmitglied vertretend
sachkundiger Bürger vertretend

bis 19:40 Uhr (TOP 7)
ab 19:40 Uhr (TOP 7)

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Metz, Martin
Stiefelhagen, Karl

2. stellv. Vorsitzender
Sachkundiger Bürger vertretend

FDP-Fraktion

Züll, Wolfgang E.
Doppler, Klaus

Ratsmitglied
sachkundiger Bürger

Fraktion AUFBRUCH!

Köhler, Wolfgang

Ratsmitglied

Beratende Mitglieder

Montexier, Herbert

beratendes Mitglied

Protokollführer
Dombrowski, Reiner

Es fehlten entschuldigt:

CDU-Fraktion
Bonerath, Guido 1. stellvertretende/r Vorsitzende/r

SPD-Fraktion
Karp, Uwe Ratsmitglied vertretend

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Günther, Christian Ratsmitglied

Vertreter der Verwaltung:

Herr Gleß
Frau Scharmach
Herr Bastian
Herr Hennig
Herr Knipp
Herr Steinkamp
Herr Trübenbach

Außerdem waren anwesend:

Herr Georg Schell, CDU-Fraktion

Zu TOP 4 nicht öffentlicher Teil waren anwesend:

Herr Metze als Firmeninhaber sowie die von Herrn Metze Beauftragten:
Herr Müller (Koordinator des Projektes),
Herr Kowalski (Planer und Vermesser) und
Herr Baierl (Lärmschutz)

Es wurden folgende Tagesordnungspunkte behandelt:

Top	DS-Nr.	Beratungsgegenstand
-----	--------	---------------------

Öffentlicher Teil:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit, der rechtzeitigen und formgerechten Einladung, der fehlenden Mitglieder sowie Anträge zur Tagesordnung
2. Verpflichtung sachkundiger Bürger
3. Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 20.11.2012
4. Jahresbericht über den Stand der Ausführung von Beschlüssen - öffentlich -
5. 12/0436 4. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Sankt Augustin für den Bereich der Gemarkung Obermenden, Flur 1, und Gemarkung Siegburg-Mülldorf, Flur 1, östlich der Bebauung Marienstraße, ca. 70 m südlich der Siegburger Straße, entlang der Mendener Straße und westlich des Kindergartens 'Im Spichelsfeld'; 1.Bericht über die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange; 2.Auslegungsbeschluss
6. 12/0437 Bebauungsplan Nr.: 424 'Ortsrand Siegburger Straße', in der Gemarkung Obermenden, Flur 1, und Gemarkung Siegburg-Mülldorf, Flur 1, östlich der Bebauung Marienstraße, ca. 70 m südlich der Siegburger Straße, entlang der Mendener Straße und westlich des Kindergartens 'Im Spichelsfeld'; 1.Bericht über die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange; 2.Auslegungsbeschluss
7. 13/0009 Umweltauswirkung durch Frackingverfahren; Resolution gegen Fracking im Stadtgebiet und Umland von Sankt Augustin

-
- 7.1. 13/0051 Antrag zu TOP 7 Sitzung UPV am 29.01.2013: Umweltauswirkungen durch Frackingverfahren; Resolution gegen Fracking im Stadtgebiet und Umland von Sankt Augustin
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
8. 13/0010 Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 709/2 'Im Mittelfeld', für den Bereich der Gemarkung Buisdorf, Flur 10, begrenzt durch die S-Bahn-Linie Siegburg-Hennef im Norden, die BAB 3 im Osten, die Verlängerung der Straße 'Im Rosenhain' im Westen
9. 13/0013 Denkmalschutz und Denkmalpflege – Unterschutzstellung des Objekts Kirchenwüstung Menden (sog. 'Kirchberg')
10. 13/0015 Parkmarkierungen in Sankt Augustin Ort - Bericht über eine Bürgerinformationsveranstaltung am 09.01.2013
11. 12/0128 Gewässerentwicklung der Siegmündung
12. Flugplatz Hangelar; Bauvoranfragen und Bauanträge
13. Anträge der Fraktionen
- 13.1.1. 12/0314 Verbesserung der Verkehrssituation in Hangelar - für ein rück-sichtsvolles Miteinander
CDU-Fraktion und FDP-Fraktion
- 13.1.2. 12/0384 Erschließung des Plangebietes am Verkehrslandeplatz
SPD-Fraktion
- 13.1.3. 13/0011 Steigerung der Verkehrssicherheit der Kölnstraße - sicher Einkau-fen - sicher Leben
SPD-Fraktion
- 13.1.4. 13/0026 Verkehrssituation/Schleichverkehr Zedernweg/Holzweg
SPD-Fraktion

14. Anfragen und Mitteilungen

14.1. Anfragen

14.1.1. 13/0027 Erneuerbare Energien in der Stadt Sankt Augustin
Fraktion Aufbruch

14.1.2. 13/0037 Verbesserte Bürgerinformation über Bauleitplanung: Erfassung von Bebauungsplänen und -verfahren auf der städtischen Website
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

14.2. Mitteilungen

Nicht öffentlicher Teil:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit, der rechtzeitigen und formgerechten Einladung, der fehlenden Mitglieder sowie Anträge zur Tagesordnung
2. Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der nicht öffentlichen Sitzung vom 20.11.2012
3. Jahresbericht über den Stand der Ausführung von Beschlüssen - nicht öffentlich -
4. 13/0018 Vorstellung der Planentwürfe zur Änderung des bestehenden Metallhandels Metze OHG in Sankt Augustin - Menden, Marie-Curie-Straße durch den Investor bzw. durch das beauftragte Planungsbüro
5. 13/0019 Rahmenplanung Verkehrslandeplatz Hangelar, Moderiertes Verfahren Beauftragung eines externen Dienstleisters
6. Anfragen und Mitteilungen
 - 6.1. Anfragen
 - 6.2. Mitteilungen

Top	DS-Nr.	Beratungsgegenstand	Dienststelle
-----	--------	---------------------	--------------

Öffentlicher Teil:

1		Feststellung der Beschlussfähigkeit, der rechtzeitigen und formgerechten Einladung, der fehlenden Mitglieder sowie Anträge zur Tagesordnung	
---	--	--	--

Der Ausschussvorsitzende stellte die Beschlussfähigkeit, die rechtzeitige und formgerechte Einladung sowie die fehlenden Mitglieder fest.

Er teilte mit, dass zum **Tagesordnungspunkt 7** „Umweltauswirkungen durch Fracking-Verfahren; Resolution gegen Fracking im Stadtgebiet und Umland von Sankt Augustin“ ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen vom 28.01.2013 vorliege, DS Nr. 13/0051, und dass dieser Änderungsantrag mit dem Tagesordnungspunkt 7 aufgerufen werden soll.

Wegen der anwesenden Gäste schlug er vor,
TOP 13.1.1 – Antrag der CDU- und FDP-Fraktion „Verbesserung der Verkehrssituation in Hangelar – für ein rücksichtsvolles Miteinander“ und
TOP 13.1.3 – Antrag der SPD-Fraktion „Steigerung der Verkehrssicherheit der Kölnstraße – sicher einkaufen – sicher leben“
zusammenzufassen und als neuen **Tagesordnungspunkt 4 a** zu behandeln.

Damit war der Ausschuss einverstanden.

Protokollnotiz:

Die Protokollierung erfolgt entsprechend der ursprünglichen Reihenfolge.

2		Verpflichtung sachkundiger Bürger	BRB
---	--	--	------------

Der

sachkundige Bürger Dieter Bellinghausen

wurde durch den Ausschussvorsitzenden eingeführt und zur gesetzlichen und gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben verpflichtet.

Die Niederschrift über die Verpflichtung ist im Original dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

3		Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 20.11.2012	
----------	--	---	--

Seitens des Ausschusses gab es keine Einwendungen, so dass der Niederschrift zugestimmt wurde.

4		Jahresbericht über den Stand der Ausführung von Beschlüssen - öffentlich -	FD 6/10 FB 1
----------	--	---	-------------------------

Herr Köhler von der Fraktion Aufbruch! verwies auf den Bericht über die Ausführungen von Beschlüssen zur Sitzung vom 31.01.2012. Zu beiden Tagesordnungspunkten sei mitgeteilt worden, dass der Straßenbaulastträger der Maßnahme nicht zugestimmt habe bzw. der Antrag vom Verkehrsverbund Rhein-Sieg abgelehnt wurde. Er frug nach, ob es hierzu weitergehende Begründungen gäbe. Herr Gleß von der Verwaltung erklärte, dass die Antwort über das Protokoll erfolgen werde.

Danach nahm der Ausschuss den Jahresbericht über den Stand der Ausführung der in den öffentlichen Sitzungen im Jahre 2012 gefassten Beschlüsse zur Kenntnis.

Protokollnotiz:

DS Nr. 11/04249: Bereits mit Schreiben der Verwaltung (FB 1) vom 14.03.2012 wurden die Fraktionen über die ablehnende Haltung des Straßenbaulastträgers informiert.

DS Nr. 11/0397: Durch Mail vom 13.02.2013 wurden die Fraktionen von der Verwaltung (FD 6/10) über die Ablehnung der tariflichen Neuordnung vom unterrichtet.

5	12/0436	4. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Sankt Augustin für den Bereich der Gemarkung Obermenden, Flur 1, und Gemarkung Siegburg-Mülldorf, Flur 1, östlich der Bebauung Marienstraße, ca. 70 m südlich der Siegburger Straße, entlang der Mendener Straße und westlich des Kindergartens 'Im Spichelsfeld'; 1. Bericht über die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange; 2. Auslegungsbeschluss	FD 6/10
---	---------	---	---------

Herr Gleß von der Verwaltung wies darauf hin, dass dieser und der nächste Tagesordnungspunkt die „Grüne Mitte“ zum Thema habe als wichtiger Projektbestandteil des „Grünen C“. Am 31.01. stünde eine Versammlung mit den Grundstückseigentümern an, die von der vorliegenden Planung betroffen sind.

Bereits im September des vergangenen Jahres habe eine Veranstaltung mit den Eigentümern stattgefunden; anschließend sei die jetzt vorgelegte Kompromisslösung erarbeitet worden. Danach verbliebe ein 70 m breiter Streifen zwischen dem Grünstreifen und der Mendener Straße zum Schutz der Ortslage, aber auch zum Schutz der Entwicklung von Natur und Landschaft.

Ein großes Problem sei es, die Projekte innerhalb des Bewilligungszeitraumes abzuwickeln. Bei vielen anderen Projekten im Rahmen des Grünen C sei man auf Stand, gedrängt habe es im Bereich der Grünen Mitte. Nun könne er aber mitteilen, dass heute eine Nachricht von der Bezirksregierung eingegangen sei, wonach nunmehr bis zum 31.03.2015 die Maßnahme durchzuführen ist und die Schlusstestate bis zum 30.06.2015 vorliegen müssen. Man habe etwas Zeit gewonnen, jedoch sei der Druck weiterhin hoch.

Herr Nettessheim von der SPD-Fraktion stellte die Frage, ob bereits eine Tendenz erkennbar sei, wie die Gespräche am 31.01. verlaufen werden.

Herr Gleß erwiderte, dass er bei einem Gespräch um Grundstücksangelegenheiten nicht vorgreifen könne.

Frau Feld-Wielpütz von der CDU-Fraktion berichtete, dass sich ihre Fraktion recht frühzeitig um die Detailplanung gekümmert habe. Sie möchte die Vorstellungen zur Detailplanung zu Protokoll geben. Sie schlage vor, die Angelegenheit am 19.03. noch einmal auf die Tagesordnung zu setzen, um von der Verwaltung einen Bericht über die Versammlung mit den Grundstückseigentümern zu erhalten.

Herr Gleß teilte mit, dass die Verwaltung die erforderlichen Informationen geben wird, da die Angelegenheit als Dauer-Tagesordnungspunkt auch im Gebäude- und Bewirtschaftungsausschuss stehe. Aber auch in diesem Ausschuss sei am 19.03. ein Bericht vorgesehen.

Frau Feld-Wielpütz wollte sodann wissen, ob die Detailplanung direkt in den Gebäude- und Bewirtschaftungsausschuss gehe und nicht in den Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss.

Herr Gleß erklärte, dass man den Gebäude- und Bewirtschaftungsausschuss auf jeden Fall abwarten würde. Aber je früher die Anregungen kämen, desto besser.

Herr Metz von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wies noch einmal auf eine Forderung hin, die bereits in der letzten Sitzung gestellt wurde, und zwar die Asphaltierung des Wirtschaftsweges vom Ortsrandbereich zum Meindorfer Weg und zum anderen gen Osten zur Rathausallee. In den jetzt vorliegenden Plänen sei dies nicht berücksichtigt worden, so dass er noch einmal die Anregung gebe, diese Wege zu asphaltieren. Sollte dies nicht möglich sein, bittet er um Antwort, warum es nicht geht.

Herr Züll von der FDP-Fraktion forderte, dass es deutlich wird, dass alle Fraktionen hinter dieser Planung stehen. Damit sollte den Gesprächspartnern in zwei Tagen deutlich gemacht werden, dass die „Grüne Mitte“ ein Wille aller sei.

Frau Feld-Wielpütz bedankte sich, dass die Anregungen vom 19.08. bereits eingearbeitet seien. Auf dem Plan sei zu erkennen, dass die Anzahl der Infotafeln von 5 auf 15 gestiegen ist. Darüber hätte man gerne eine Information. Bezüglich der Platzgestaltung in den Ecken des Bereichs sei die Frage, ob man das abgerundeter gestalten könne. Schließlich stellte sie die Frage nach der Anbindung an die Marienstraße.

Herr Gleß versicherte, dass die Asphaltierung nicht in Vergessenheit geraten sei, es verginge keine Projektgruppensitzung, wo nicht über dieses Thema gesprochen wird. In diesem Fall sei man im engen Dialog mit der Flurbereinigungsbehörde und mit den Landwirten. Dort sei aber noch keine Entscheidung getroffen worden, was gemacht werden soll.

Der Ausschussvorsitzende fasste abschließend die Diskussion mit dem Ergebnis zusammen, dass man in der nächsten Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschusssitzung von der Verwaltung einen Bericht erwarte über die Versammlung mit den Grundstückseigentümern am 31.01. und dass auch über die Detailplanung diskutiert wird. Sodann wurde über den Beschlussvorschlag abgestimmt.

Beschlussvorschlag:

1. Der Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung über die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie die jeweiligen Verfahrensvorschläge der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat der Stadt Sankt Augustin folgenden Beschluss zu fassen.

einstimmig

2. Der Rat der Stadt Sankt Augustin beschließt den vorliegenden Entwurf sowie die Begründung einschließlich der wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen der 4. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich der Gemarkung Obermenden, Flur 1, und Gemarkung Siegburg-Mülldorf, Flur 1, östlich der Bebauung Marienstraße, ca. 70 m südlich der Siegburger Straße, entlang der Mendener Straße und westlich des Kindergartens „Im Spichelsfeld“ gemäß § 3 Abs. 2 BauGB auf die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.

Die Grenzen des Geltungsbereiches sind dem Geltungsbereichsplan zu entnehmen.

einstimmig

6	12/0437	Bebauungsplan Nr.: 424 'Ortsrand Siegburger Straße', in der Gemarkung Obermenden, Flur 1, und Gemarkung Siegburg-Mülldorf, Flur 1, östlich der Bebauung Marienstraße, ca. 70 m südlich der Siegburger Straße, entlang der Mendener Straße und westlich des Kindergartens 'Im Spichelsfeld'; 1.Bericht über die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange; 2.Auslegungsbeschluss	FD 6/10
---	---------	--	----------------

Ohne Aussprache fasste der Ausschuss folgenden Beschluss:

Beschlussvorschlag:

1. Der Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung über die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie die jeweiligen Verfahrensvorschläge der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat der Stadt Sankt Augustin, folgenden Beschluss zu fassen.

einstimmig

2. Der Rat der Stadt Sankt Augustin beschließt den Bebauungsplanentwurf Nr. 424 „Ortsrand Siegburger Straße“ in der Gemarkung Obermenden, Flur 1, und Gemarkung Siegburg-Mülldorf, Flur 1, östlich der Bebauung Marienstraße, ca. 70 m südlich der Siegburger Straße, entlang der Mendener Straße und westlich des Kindergartens „Im Spichelsfeld“ einschließlich der Begründung, des Umweltberichtes und der wesentlichen bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.

Die genauen Grenzen des Geltungsbereiches sind dem Geltungsbereichsplan zu entnehmen.

einstimmig

7	13/0009	Umweltauswirkung durch Frackingverfahren; Resolution gegen Fracking im Stadtgebiet und Umland von Sankt Augustin	BNU
----------	----------------	---	------------

Zu diesem Tagesordnungspunkt rief der Ausschussvorsitzende auch den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DS Nr. 13/0051, vom 28.01.2013 auf, mit dem der Beschlussvorschlag der Verwaltung geändert werden soll.

Zunächst erläuterte Herr Gleß von der Verwaltung die Genese der Sitzungsvorlage.

Im Anschluss daran begründete Herr Metz von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Änderungsantrag mit dem Hinweis, dass die Aussage in dem Beschlussvorschlag der Verwaltung, dass die Stadt Sankt Augustin die Landesregierung auffordert, das Fracking zu verbieten, falsch sei. Fracking sei nach Bergrecht zu genehmigen, und damit Bundesrecht. Im Rahmen der Bundesauftragsverwaltung sei die Bezirksregierung Arnsberg als Genehmigungsbehörde zuständig. Die NRW Landesregierung habe mit einstimmiger Unterstützung aller Landtagsfraktionen grundsätzlich gesagt, dass die Risiken von Fracking so unübersichtlich seien, dass nach dem derzeitigen wissenschaftlichen Stand grundsätzlich keine Genehmigung erteilt werden kann. Das sei aber ein Unterschied zum Verboten. Verboten könne nur der Gesetzgeber. Derzeit tue sich die Bundesregierung schwer, weitergehende Schritte zu fassen. Grund für den Antrag sei also eine Umformulierung hinsichtlich der Adressaten im Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Danach ergriff Herr Züll von der FDP-Fraktion das Wort und wies darauf hin, dass er der vom Rat der Stadt Sankt Augustin gesandte Vertreter im Umweltausschuss des Deutschen Städte- und Gemeindebundes sei und dort auch den Vorsitz übernommen habe. Dort sei bzgl. des Themas am 23.10.2012 ein Beschluss gefasst worden. Herr Gleß, auch Mitglied dieses Ausschusses und er hätten sich verständigt, ein Signal zu setzen. Er bittet, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Antrag zurückziehen möge, damit kein Anschein der Parteipolitik entstünde. Man sei so verblieben, dass die Verwaltung den Resolutionsvorschlag einbringt. Der Beschlussvorschlag, der im Umweltausschuss des Städte- und Gemeindebund durchging, hatte zum Inhalt, dass der Ausschuss begrüßt, dass die Landesregierung bis auf Weiteres Genehmigungen für die Erkundung und Gewinnung unkonventioneller Erdgaslagerstätten unter Einsatz von städtischen Substanzen, z. B. Grundstücken nicht zulassen wird.

Frau Feld-Wielpütz von der CDU-Fraktion richtete die Frage an die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ob man den Antrag aufrechterhalten wolle. Dieser hätte nämlich wegen der Kürze der Zeit mit ihren Fraktionsmitgliedern nicht besprochen werden können. Die Resolution der Stadt begrüße man ausdrücklich. Sie machte den Vorschlag, die im Änderungsantrag präzisierten Formulierungen in den Beschlussvorschlag der Stadt einzubringen.

Herr Köhler von der Fraktion Aufbruch! stellte fest, dass es Sinn mache, eine Resolution an den richtigen Adressaten zu wenden. Der richtige Adressat bemesse sich daran, ob der, von dem man etwas möchte, überhaupt etwas tun kann. In diesem Falle sei es nicht so. Wenn die Landesregierung nichts verbieten kann, mache es keinen Sinn, sie aufzu-

fordern etwas zu verbieten. Insofern mache die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die richtigen Änderungsvorschläge.

Herr Metz schlug als Kompromiss vor, im ersten Satz des Beschlussvorschlages die Worte „die Landesregierung“ zu streichen und dafür „die zuständigen Stellen“ zu setzen. Bei Punkt 2 seien die Worte „sich bei der Bundesregierung und im Bundesrat für“ zu streichen sowie das Wort „einzusetzen“ durch das Wort „anzustreben“ zu ersetzen.

Damit war der Ausschuss einverstanden. Der Ausschussvorsitzende ließ über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss des Rates der Stadt Sankt Augustin beschließt:

Resolution:

Die Stadt Sankt Augustin fordert gemeinsam mit den anderen potentiell betroffenen Kommunen in Nordrhein-Westfalen sowie den kommunalen Spitzenverbänden die zuständigen Stellen dazu auf,

- 1) das bei der Erdgasförderung umstrittene Frac.-Verfahren bis auf Weiteres zu verbieten,
- 2) eine Änderung des Bergrechts dahingehend anzustreben, dass zukünftig bei allen bergrechtlichen Verfahren, beginnend bereits mit der Aufsuchungserlaubnis,
 - a) die Kommunen sowie die Wasserversorgungsunternehmen als Träger öffentlicher Belange beteiligt werden,
 - b) eine umfangreiche Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern gewährleistet wird, die auch lückenlose Informationen über die verwendeten Stoffe beinhaltet
sowie
 - c) eine obligatorische Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) durchzuführen ist,
- 3) Erkundungsbohrungen und Frackingmethoden mit ausgereifterem technischem Vorgehen als bisher gängig auch in Zukunft in allen sensiblen Gebieten (insbesondere Wasserschutz-zonen und Gebieten mit ungünstigen geologischen und hydrogeologischen Bedingungen) zu verbieten.

einstimmig

7.1	13/0051	Antrag zu TOP 7 Sitzung UPV am 29.01.2013: Umweltauswirkungen durch Frackingverfahren; Resolution gegen Fracking im Stadtgebiet und Umland von Sankt Augustin Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	BNU
------------	----------------	---	------------

Wurde unter TOP 7 mit behandelt.

8	13/0010	Beschluss zur Aufstellung des Bebauungspla- nes Nr. 709/2 'Im Mittelfeld', für den Bereich der Gemarkung Buisdorf, Flur 10, begrenzt durch die S-Bahn-Linie Siegburg-Hennef im Norden, die BAB 3 im Osten, die Verlängerung der Stra- ße 'Im Rosenhain' im Westen	FD 6/10´ BRB
----------	----------------	--	-------------------------

Vor Eintritt in die Diskussion über den Tagesordnungspunkt verließ Frau Feld-Wielpütz von der CDU-Fraktion ihren Sitzplatz. Der Ausschussvorsitzende versicherte sich bei ihr, ob sie die Beratung verlassen werde. Dieses bejahte sie. Der Ausschussvorsitzende bat sodann den auch anwesenden Vertreter der CDU-Fraktion Herrn Stefan Krämer auf, am Fraktionstisch Platz zu nehmen

Herr Köhler von der Fraktion Aufbruch! merkte an, dass Frau Feld-Wielpütz nicht mehr an der weiteren Sitzung teilnehmen dürfe. Man sei entweder anwesend oder nicht anwesend. Es ginge nicht, partiell anwesend zu sein.

Der Ausschussvorsitzende erinnerte daran, dass es in diesem Ausschuss bislang so gehandhabt worden sei, dass bei Aufruf eines Tagesordnungspunktes die Mitglieder beratungs- und stimmberechtigt seien, die anwesend sind. Werde der nächste Tagesordnungspunkt aufgerufen und habe sich etwas verändert, seien diejenigen stimm- und beratungsberechtigt, die bei dem aufgerufenen Tagesordnungspunkt im Sitzungssaal seien. Das sei Konsens des Ausschusses gewesen.

Mittlerweile war Frau Feld-Wielpütz wieder in den Sitzungssaal gekommen und mit der Beratung des Tagesordnungspunktes wurde begonnen.

Herr Köhler meinte sich zu erinnern, dass in den Beratungen zum Flächennutzungsplan und zum Verkehrsentwicklungsplan für diesen Bereich oder seine Umgebung vorsorglich ein S-Bahn Haltepunkt vorgesehen wurde. Würde das Gebiet so abmarkiert werden, wie in der Vorlage vorgesehen, könnte die Chance vertan werden, für die Zukunft einen Haltepunkt der Deutschen Bahn festzulegen.

Zu der in der Vorlage genannten Altlastenproblematik wollte Herr Nettessheim von der

SPD-Fraktion wissen, wer die Kosten für Probebohrungen und die weiteren Maßnahmen aufgrund dieser Altlasten übernehme. Herr Gleß teilte mit, dass die Kosten für Probebohrungen sowie auch alle anderen Untersuchungskosten in diesem Zusammenhang die Stadt zahlen müsse.

Herr Müller für die CDU-Fraktion erinnerte daran, dass vor einigen Jahren die dort abgelagerten giftigen Abfälle für Schlagzeilen in der Presse gesorgt haben. Er hege die Hoffnung, dass die Abfälle ausgegast sind und keine Gefahr mehr darstellen.

Herr Metz von Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßte, dass ein klassischer Gewerbebetrieb in einem klassischen Gewerbegebiet angesiedelt wird. Im Hinblick darauf, dass im neuen Nahverkehrsplan des Rhein-Sieg-Kreises ausdrücklich auf einen S-Bahn-Halt in Buisdorf Bezug genommen wird, soll die Verwaltung zusammen mit der Kreisverwaltung in Siegburg genauer untersuchen, wo mögliche Standorte unter Berücksichtigung von Nachteilen und Vorteilen ausgewiesen werden können. Das könne frühzeitig aufzeigen, ob es Konsequenzen für diesen Bebauungsplan gebe.

Auch Herr Züll von der FDP-Fraktion zeigte sich erfreut über den Bebauungsplan. Hinsichtlich der Altlasten könne er sich vorstellen, dass im Laufe der Zeit eine Ausgasung erfolgt sei.

Herr Gleß von der Verwaltung stellte fest, dass der Bebauungsplan aus dem Flächennutzungsplan entwickelt werde und wenn dort der S-Bahn-Haltepunkt genannt ist, müsse dieser auch im Bebauungsplan aufgenommen werden. Möglicherweise käme durch die Aufstellung des Bebauungsplanes ein neuer Drive für den S-Bahn-Haltepunkt hinein.

Auch Herr Köhler begrüßte die Aufstellung des Bebauungsplanes. Dieser hätte auch Auswirkungen auf den Ortsteil Sankt Augustin-Ort.

Danach ließ der Ausschussvorsitzende über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Sankt Augustin folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Rat der Stadt Sankt Augustin beschließt für das Gebiet der Gemarkung Buisdorf, Flur 10, begrenzt durch die S-Bahn-Linie Siegburg-Hennef im Norden, die BAB 3 im Osten, die Verlängerung der Straße „Im Rosenhain“ im Westen sowie den Wirtschaftsweg im Süden, die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 709/2 „Im Mittelfeld“ sowie die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB und der Behörden gem. § 4 Abs. 1 BauGB durchzuführen.“

Die genauen Grenzen des Geltungsbereichs sind dem Geltungsbereichsplan vom 18.12.2012 zu entnehmen.

einstimmig

9	13/0013	Denkmalschutz und Denkmalpflege – Unterschutzstellung des Objekts Kirchenwüstung Menden (sog. 'Kirchberg')	FD 6/10
----------	----------------	---	----------------

Herr Metz von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollte wissen, ob das Anschreiben an den LVR aus dem Jahre 2000 und die Antwort aus dem Jahre 2012 stamme oder ob es sich um einen Druckfehler handle. Letzteres wurde von der Verwaltung verneint.

Danach nahm der Ausschuss den Beschlussvorschlag zur Kenntnis.

Beschlussvorschlag:

Der Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss und der Kultur-, Sport- und Freizeit-ausschuss nehmen jeweils die Unterschutzstellung des Objektes Kirchwüstung in Sankt Augustin-Menden zur Kenntnis.

zur Kenntnis genommen

10	13/0015	Parkmarkierungen in Sankt Augustin Ort - Bericht über eine Bürgerinformationsveranstaltung am 09.01.2013	FD 6/10 FB 1
-----------	----------------	---	-------------------------

Herr Hennig von der Verwaltung berichtete, dass man im Anschluss an die Sitzung am 18.09.2012 eine Bürgerversammlung durchgeführt habe, um den Vorschlag zur Parkmarkierung den Bürgern vorzutragen. Der Ablauf der Veranstaltung am 09.01.2013 sei der Vorlage zu entnehmen. Es sei gemischt und kontrovers diskutiert worden. Zusätzlich zu den Verwaltungsvorschlägen seien seitens der Bürgerschaft weitere Hinweise gegeben worden. Auch im Nachgang zur Veranstaltung seien Stellungnahmen aus der Bürgerschaft gekommen. Teilweise konnten sie berücksichtigt werden. So wie am 18.09.2012 berichtet soll nun die Probephase anlaufen. In allen Straßen werden Vorerhebungen und Geschwindigkeitsmessungen durchgeführt. Im Anschluss daran würden die Parkmarkierungen aufgebracht und nach einer Probephase entsprechende Nachmessungen durchgeführt. Anschließend würde hier im Ausschuss berichtet werden.

Auch Herr Nettesheim von der SPD-Fraktion teilte mit, dass bei der Bürgerversammlung kontrovers diskutiert wurde. Seitens der Bürger konnte keine einheitliche Regelung gefunden werden. Wichtig sei, dass nach der Probephase nicht nur der Ausschuss, sondern auch die Bürger informiert werden. Bezüglich der Aussage in der Sitzungsvor-

lage, dass ein 2. Bauabschnitt des P&R-Parkplatzes zur Lösung beitragen würde, frug er nach dem Sachstand.

Herr Hennig berichtete von einem Anruf vom Fördergeber, dem „Nahverkehr Rheinland“. Der Bewilligungsbescheid für die Förderung sei heute an die Stadtwerke Bonn gegangen. Wie vereinbart könne die von SSB und dem städtischen Tiefbauamt bereits fertig gestellte Ausschreibung in Umlauf gebracht werden. Mit einem Baubeginn sei noch in der 1. Jahreshälfte zu rechnen.

Frau Mölders von der CDU-Fraktion unterstrich die Aussagen über eine kontrovers geführte Diskussion. Ihr habe sich erschlossen, dass sich die unterschiedlichen Meinungen zum Projekt den Straßenzügen zuordnen lassen. In der ersten Straßenlinie parallel zur B 56, also Ernst-Moritz-Arndt-Straße und weiterführend Goethestraße, waren viele Anwohner dieser beiden Straßen für die Parkmarkierung, um den Schleichverkehr, der durch die beiden Kreuzungen B 56/Arnold-Jannsen-Straße bzw. B 56/Hammstraße entsteht, zu unterbinden. Die Anwohner aus der 2. Reihe, also Boelckestraße und Marienkirchstraße, lehnen die Probephase ab. In der Boelckestraße gebe es überwiegend Reihenhausbauungen. Durch Parkmarkierungen würden zu viele Parkplätze vor den Häusern wegfallen. Die Marienkirchstraße sei die Straße mit dem meisten Verkehr zu den dort ansässigen Unternehmen, wie Sparkasse, Ärzte, Pfarrheim usw. Insbesondere entfielen an der Kirche viele Parkplätze. Nach einer Diskussion in ihrer Fraktion möchte man die Testphase in der 1. Reihe von der B 56 aus gesehen durchführen, Boelckestraße und Marienkirchstraße aber rausnehmen.

Herr Metz von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halte es grundsätzlich für gut, dass die Verwaltung die Bürgerinformation durchgeführt hat. Schade finde er es, in der Testphase die Marienkirchstraße herauszunehmen und zwar vor dem Hintergrund, wie er eben beschrieben wurde, nämlich Sparkasse, Ärzte, Schulweg usw. Er stellte die Sinnhaftigkeit, einzelne Straßen von einer Testphase herauszunehmen, in Frage, da es dann schwierig sei, Wechselwirkungen zu beobachten.

Herr Steinkamp von der Verwaltung teilte mit, dass es möglich sei, Testphasen auch kurzfristig abzusetzen. Markierungen könnten mit schwarzer Farbe übertüncht und Verkehrszeichen abgehängt werden. Das sollte kein Grund sein, diese Testphase nicht einführen zu können.

Herr Züll von der FDP-Fraktion stellte fest, dass die Marienkirchstraße markant anders sei. Gerade deswegen solle man die Straße mit aufnehmen. Verdrehe man Stellschraubchen wie z. B. durch Einbahnstraßenregelungen usw. erzeuge man woanders Verkehre und damit neue Befindlichkeiten. Sollte die Verwaltung der Meinung sein, die beiden von der CDU-Fraktion genannten Straßen nicht mit einzubeziehen, könne seine Fraktion das mittragen. Auch könnte eine verkürzte Testphase in einigen Straßenzügen ein Kompromiss sein. Das möge die Verwaltung beantworten.

Herr Hennig stellte fest, dass es aus Sicht der Verwaltung Sinn mache, alle Straßen einzubeziehen. Ziel ist, mit den versetzten Parktaschen den Durchfahr-Widerstand zu erhöhen und die Geschwindigkeit zu bremsen. Da es eine ganze Weile dauere, bis sich die Anwohner auf die veränderte Situation eingestellt haben, halte er nichts von Testphasen mit Dauer von einer Woche.

Herr Metz wies darauf hin, dass bei einer Durchführung der Testphase nur auf Straßen der 1. Reihe sich die Verkehre auf die Marienkirchstraße verlagern könnten, diese würden dann aber nicht erfasst.

Herr Nettesheim von der SPD-Fraktion teilte mit, dass man der Testphase aller Straßen zustimmen werde.

Herr Köhler vom Aufbruch! erklärte, er habe kein Problem damit, der Verwaltungsvorlage zuzustimmen. Aber auch mit Streichung der beiden genannten Straßen könne man Effekte beobachten und zu neuen Schlüssen kommen, dass z. B. die Verdrängung in die Straßen erfolgt, die aus der Testphase herausgenommen werden.

Frau Mölders meldete sich erneut zu Wort. Am Beispiel der Marienkirchstraße machte sie deutlich, dass von der Hennefer Straße bei der ersten Rechts-vor-Links-Einmündung bereits eine Abbremsung erfolge. Danach ließe sich versetztes Parken nicht anbringen. Einzig vor dem Pfarrzentrum habe man den Schlängeleffekt. Aber in der Marienkirchstraße könne nicht durchgängig alternierend geparkt werden und daher mache sie als Testphase keinen Sinn. Bezüglich der Boelckestraße habe sie bereits die Bebauung erklärt. Sie gebe noch einmal zu bedenken, dass unterschiedliche Anliegerbedürfnisse vorlägen.

Der Ausschussvorsitzende fasste die Diskussion zusammen und stellte fest, dass der Antrag der CDU-Fraktion bestehe, die beiden Straßen Boelckestraße und Marienkirchstraße herauszunehmen. Danach sei der Bericht der Verwaltung zur Kenntnis zu nehmen.

Zunächst ließ der daher ließ über den Antrag der CDU-Fraktion, wonach die Boelckestraße und die Marienkirchstraße aus der Testphase herauszunehmen sind, abstimmen.

7 Ja-Stimmen

6 Nein-Stimmen

3 Enthaltungen

Damit war der Antrag, die Boelckestraße und die Marienkirchstraße aus der Testphase herauszunehmen, angenommen.

Danach stellte der Ausschussvorsitzende entsprechend dem Beschlussvorschlag der Verwaltung fest, dass der Ausschuss den Bericht zur Kenntnis genommen hat.

zur Kenntnis genommen

11	12/0128	Gewässerentwicklung der Siegmündung	FD 6/10
-----------	----------------	--	----------------

Da von der Verwaltung berichtet wurde, dass es nichts Neues gibt, wurde der Tagesordnungspunkt vertagt. Frau Feld-Wielpütz von der CDU-Fraktion bat, diesen Tagesordnungspunkt beim nächsten Mal wieder aufzurufen, weil sie erfahren habe, dass es für den Mendener Bereich doch Neues gäbe. Weitere Berichte wurden nicht gegeben.

Der Tagesordnungspunkt wurde vertagt.

12		Flugplatz Hangelar; Bauvoranfragen und Bauanträge	
-----------	--	--	--

Herr Trübenbach von der Verwaltung teilte mit, dass es zurzeit keine neuen Bauvoranfragen oder Bauanträge gebe.

Er berichtete von einer Rücknahme eines Bauantrages für die Errichtung eines Gebäudes für einen Flugsimulator. Wegen Grundstücksproblemen sei der Antrag Anfang Januar zurückgenommen worden.

13		Anträge der Fraktionen	
-----------	--	-------------------------------	--

13.1.1	12/0314	Verbesserung der Verkehrssituation in Hangelar - für ein rücksichtsvolles Miteinander CDU-Fraktion und FDP-Fraktion	FB 1, FD 6/10, WBF
---------------	----------------	--	---------------------------

Zu diesem Tagesordnungspunkt rief der Ausschussvorsitzende gleichzeitig den Tagesordnungspunkt 13.1.3, Antrag der SPD-Fraktion, DS Nr. 13/0011 „Steigerung der Verkehrssicherheit der Kölnstraße – sicher einkaufen – sicher leben“ auf.

Herr Bambeck von der CDU-Fraktion begründete den von CDU und FDP gemeinsam gestellten Antrag. Circa ein Jahr sei hieran gearbeitet worden. Mehrere interne Abstimmungsgespräche und Ortstermine seien einhergegangen. Im Haus der Nachbarschaft trat man mit den Bürgern in einen Dialog ein. Mit diesem Antrag versuche man, die übermittelten Verkehrsprobleme, Hinweise und auch Lösungsvorschläge gemeinsam einzubringen. Er bittet um Zustimmung des Antrags.

Herr Nettessheim von der SPD-Fraktion gab eine Begründung zum Antrag seiner Frakti-

on ab und stellte fest, dass beide Anträge in die gleiche Richtung gingen. Man sei bestrebt, die beste Lösung für Hangelar zu finden. Man habe in den vergangenen Jahren viele Anfragen und auch Anträge gestellt speziell zum Hangelarer Bereich. Nun sei man zu der Erkenntnis gekommen, es solle eine Gesamtbetrachtung der „Hangelarer Mitte“ erfolgen. Auf verschiedene Dinge möchte er noch einmal eingehen und bittet um Protokollierung seiner Aussagen.

So würde der Verkehr auf der Kölnstraße entlastet, wenn die Ampelschaltung auf der B 56 richtig funktionierte. Er bittet daher die Verwaltung, mit dem Straßenbaulastträger Kontakt aufzunehmen, um eine Optimierung zu erreichen. Die in der Kölnstraße vorhandenen sogenannten Kreisel wie Richthofenkreisel und Josef-Menne-Kreisel würden zwar so genannt, sie wären aber keine Kreisverkehre. Hierdurch käme es oft zu nicht normalen Situationen. Man stelle sich eine verbesserte Beschilderung oder das Deutlichmachen durch Markierungen vor. Bei Begegnungsverkehren in der Kölnstraße, der Florianstraße, der Franz-Jakobi-Straße und vor allen Dingen auch in der Kappellenstraße käme es häufig zu Engpässen. Manchmal sei in der Kapellenstraße bei Begegnungsverkehr mit einem Lkw ein Ausweichen auf den Bürgersteig unumgänglich. Es sollte geprüft werden, ob z. B. die Kapellenstraße für bestimmte Fahrzeuggröße gesperrt werden könnte oder ob eine Einbahnstraßenlösung Sinn macht.

Auch müssten Querungsmöglichkeiten geprüft werden. Es sei zwar ein Zebrastreifen in Höhe der Kreissparkasse vorhanden, theoretisch müsste auch eine Querungshilfe auf der Udetstraße geschaffen werden.

Durch Anlieferverkehr komme es auf der Kölnstraße häufig zu Engpässen. Es ist zu fragen, ob man Anlieferparkplätze schaffen kann. Genauso solle der Parkraum für Anlieger und Kundenparkplätze betrachtet und dadurch eine Möglichkeit gefunden werden, zusätzliche Parkplätze zu schaffen.

Es sollte aber auch der Einparkverkehr an der Sparkasse betrachtet werden. Auch die Radwegführung im Hangelarer Teil sei alles andere als Ideal. So sei zu prüfen, ob man Radwege auf Bürgersteigen schaffen könnte oder ob Markierungen auf die Fahrbahn anzubringen sind, um so die Radfahrer zu schützen.

Die Radwegführung bezüglich Dornierstraße/Udetstraße sei auch ein Problem. Früher hätten dort Poller gestanden, diese hätten die Radfahrer abgebremst. Nun sind die Poller entfernt. Es sei noch nichts passiert, aber in der Gesamtbetrachtung für den Hangelarer Ortsteil solle man auch prüfen, ob es Möglichkeiten gibt, die potentiellen Gefahren zu verhindern.

Beide Anträge beinhalten immer wiederkehrende Themen, deswegen sollten sie auch im Gesamten geprüft werden.

Herr Metz von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN merkte an, dass man immer etwas verbessern könne, aber in Hangelar gebe es in dem Sinne kein Verkehrschaos, wo der Verkehr zusammenbräche, es zu Unfällen und schwierigen Situationen käme etc. Man müsse sich darauf verständigen, dass man – wie in anderen Stadtteilen auch – Dinge besser machen könne.

Er möchte selbst auf einige Punkte hinweisen, die zur Verbesserung führen könnten. Das Erste sei der Schleichverkehr. Dieses Problem habe aber weder Hangelar noch ein anderer Ort im Ballungsraum exklusiv. Sind Hauptverkehrsstraßen dicht, suche man andere Wege. Da wo Menschen zusammenleben und wo Verkehr entsteht, komme es immer wieder zu Konflikten. Aufgabe sei es, Rahmenbedingungen zu schaffen, dass der Verkehr einigermaßen vernünftig ablaufe. Zwar käme es an den sogenannten Kreiseln zu unübersichtlichen Situationen, das sei aber auch gleichzeitig eine Stärke, denn mancher Verkehrsteilnehmer verhalte sich vorsichtiger. Da auch seine Fraktion eine Vielzahl

von Anregungen habe, schlage er zum Verfahren vor, die Prüfaufträge von CDU, FDP und SPD der Verwaltung mit auf den Weg zu geben. Jede einzelne Fraktion sollte auch weitere Prüfaufträge einreichen können. Die Verwaltung möge eine Vorlage erstellen, in der sich die von der SPD-Fraktion vorgeschlagene Gesamtbetrachtung wiederfindet.

Für die FDP-Fraktion ergriff Herr Züll das Wort und stellte fest, dass auch die Aussagen im gemeinsamen Antrag von CDU und FDP sehr wohl die Gesamtbetrachtung von Hangelar beinhalten. Diese Gesamtbetrachtung sei man schuldig im Hinblick auf den im Jahre 2008 beschlossenen Verkehrsentwicklungsplan.

Herr Köhler von der Fraktion Aufbruch! machte deutlich, dass vieles, was in den beiden Anträgen enthalten sei, nicht von diesem Ausschuss beschlossen werden könne, da oft die Kompetenz und Zuständigkeit der Straßenverkehrsbehörde betroffen wäre. Er sei mit einer Sammlung der in den 2 Anträgen der 3 Fraktionen enthaltenen Anregungen einverstanden, um sie mit den noch kommenden Anregungen der anderen Fraktionen in eine Beratung zu geben.

Für die Verwaltung wies Herr Gleß darauf hin, dass er die kleinteiligen Probleme, die die Kölnstraße aufweist, nicht in Abrede stellt. Grundsätzlich möchte er aber zunächst erläutern, wie man sich diesen Themen zukünftig nähern könnte. Die finanziellen Mittel, die man habe, um trotz der Kleinteiligkeit etwas verändern zu können, seien begrenzt. Auch seien die personellen Ressourcen begrenzt. Für das Thema Verkehrsplanung, Verkehrslenkung und -steuerung habe man in der Verwaltung 2 Mitarbeiter, einer sei aus seinem Dezernat und der andere sei der Fachbereichsleiter 1.

Er müsse jetzt darauf hinweisen, dass es bei Erteilung weiterer Arbeitsaufträge eng werden könnte, wenn man auch die großen Dinge abwickeln will, wie z.B. die Gestaltung des Zentrums, die Ausbauplanung von Straßen und die Dinge, die mit der Umsetzung des bereits beschlossenen Verkehrsentwicklungsplanes Sankt Augustin 2025 einhergehen. Die kleinteiligen Planungen würden erheblich mehr Mühe bereiten als das Planen einer komplett neuen Erschließungsstraße.

Herr Gleß stellte dann von jedem Stadtteil einige Straßen vor, die auf der Agenda stünden. Er habe Verständnis, dass dort jeweils kleinteilig vorgegangen wird. Nur müsse es die Verwaltung händeln können, so dass es ihm jetzt schwer falle, Termine zu nennen, die man möglicherweise nicht einhalten kann, wenn sämtliche Straßen im Stadtteilzentrum Hangelar hinzu kämen. Er schlage daher vor, dass man sich gemeinsam hier im Ausschuss verständigt, wie man das riesige Arbeitspaket bewältigt bekommt, das durch das heutige Arbeitspaket bzgl. Hangelar zu ergänzen wäre. Es läge ihm auch fern, eine Prioritätenliste zu unterbreiten, welche Straße wichtiger seien und welche nicht. Ggf. müsse man sich auch über die Bereitstellung zusätzlicher personeller Ressourcen für diesen Bereich unterhalten.

Gerade deswegen sei es wichtig, meinte der Ausschussvorsitzende, eine Arbeitsplanung zu erhalten, wann welche Maßnahme mit welchen finanziellen Ressourcen erledigt werden und wo Defizite bestehen.

Herr Gleß teilte mit, dass er eine Möglichkeit sehe, einmal unsortiert ohne Prioritätensetzung darzulegen, was in diesem Bereich zu tun ist. Er könne auch den Weg wählen, der zur Bereitstellung des erforderlichen Personals zu gehen ist, nämlich über eine Vorlage im Haupt- und Finanzausschuss. Man könne es aber auch fachlich dimensionieren und darlegen, welche Dinge zu bewältigen sind, so dass der Ausschuss selbst herausfinden

kann, welche Prioritäten zu setzen sind. Er bevorzuge die Lösung, hier im Ausschuss zu berichten, was noch ansteht, um daraus die Konsequenzen zu ziehen.

Auch Herr Nettesheim von der SPD-Fraktion unterstützte die Gesamtbetrachtung und das Erstellen eines Gesamtkonzeptes.

Herr Züll von der FDP-Fraktion meinte, dass eine Prioritätenliste niemand wolle. Erstaunlich sei für den unabhängigen Betrachter das, was in anderen Stadtteilen passiere.

Herr Metz machte deutlich, dass manches Gefährdungslagen seien, die sofort behoben werden müssen, anderes aber Optimierungen. Für ihn mache es Sinn, in gewissen Abständen turnusgemäß Ortsteil für Ortsteil durchzugehen und eine Gesamtbetrachtung vornehmen. Das bedeute aber auch die Selbstverpflichtung zu überprüfen, ob ein Antrag zu stellen ist oder nicht. Aus den Worten der Verwaltung habe er entnommen, dass alles zusammen nicht zu leisten ist. Er sei sich momentan unschlüssig, wie weiter verfahren werden soll, um nicht Dinge auszulösen, die zu Präzedenzen führen könnten. Ein richtiger Weg sei vielleicht, alles zu sammeln und dann in der nächsten Ausschusssitzung darüber zu sprechen und die Vorschläge vernünftig abzuarbeiten.

Der Ausschussvorsitzende fasste die Diskussion zusammen und stellte als bisheriges Ergebnis heraus, dass beide Anträge in ihrer Zielsetzung so beschlossen werden sollen. Man würde die weiteren Anregungen der Fraktionen mitnehmen bzw. würde sie der Verwaltung noch mitteilen. Die Verwaltung möge für die nächste Sitzung eine Liste der notwendigen Maßnahmen erstellen, über die dann beraten wird. Sollte man zum Schluss kommen, dass es nur mit zusätzlichen personellen oder finanziellen Ressourcen möglich sei, würde das entsprechend dem Haupt- und Finanzausschuss empfohlen werden.

Nun meldete sich Frau Feld-Wielpütz von der CDU-Fraktion zu Wort. Es ginge hier um eine grundsätzliche Betrachtungsweise, wie im Ausschuss mit den Anträgen umgegangen wird. Es betreffe nicht nur den Antrag Kölnstraße, sondern auch den Antrag Zedernweg. Nunmehr sei ihr aufgefallen, dass man die Verwaltung intensiv beschäftige mit diesen Themen wie Schleichverkehre, Parksituation u. Ä. Das betreffe die Bürger unmittelbar. Allerdings liegt, was die Kölnstraße betrifft, ein ganz anderer Sachverhalt zugrunde. Vor zwei Jahren, als es um die Einmündung Kölnstraße/B 56 in Höhe des ehemaligen Kappmarkt ging, sei auch von ihr gesagt worden, man müsse sich die Kölnstraße einmal anschauen. Dann sei es von der CDU und FDP zu der Bürgerbeteiligung gekommen. Aufgrund der Rückmeldungen aus der Bürgerschaft habe man nun die Punkte aufgestellt. In diesem Antrag gehe es hauptsächlich auch um geringe Dinge wie Markierungen, um Hinweisschilder, um Kontrollieren des ruhenden Verkehrs. Es müsste möglich sein, dass man mit dem Ergebnis noch einmal in den Ausschuss kommt und deutlich macht, was möglich ist und was nicht. Dann müssten die Bürger informiert werden. Sie habe die Erfahrung gemacht, dass die Bürger dafür Verständnis haben, wenn man ihnen aufzeigt, was möglich ist und was momentan nicht möglich ist. Sie hoffe daher, dass man heute den Beschluss fassen kann, aber zukünftig eine Auflistung der Verwaltung erhält aus der hervorgeht, was in den letzten Jahren von den Beschlüssen umgesetzt wurde, bzw. was aus finanziellen u. a. Gründen nicht umgesetzt werden konnte.

Herr Gleß ergriff noch einmal das Wort und machte noch einmal deutlich, dass die Umsetzung der kleinteiligen Maßnahmen viel Arbeit bedeute. Gerade mit der Erwartungs-

haltung, die sich dahinter verbirgt, gäbe es eine Vielzahl von Projekten, die teilweise erfolgreich abgearbeitet worden sind. Damit wolle er ausdrücken, dass der Arbeitsaufwand, also die Ressource, die zur Verfügung steht, in der Relation zum Aufwand sehr eng begrenzt ist. Das habe er verdeutlichen wollen.

Der Ausschussvorsitzende fasste die Diskussion zusammen mit folgendem Beschlussvorschlag:

1. Beschlussvorschlag des Antrages CDU und FDP
2. Beschlussvorschlag des Antrages der SPD,
3. Beauftragung der Verwaltung, in der nächstmöglichen Sitzung des UPV eine Liste der noch ausstehenden Aufgaben mit dem notwendigen Personal und Finanzressourcen darzustellen, damit der Ausschuss über die Art und Weise und auch über die notwendige Reihenfolge der Abarbeitung beraten und beschließen kann.

Herr Köhler vertrat die Ansicht, dass sich der Beschluss nicht gefasst werden dürfte, denn im Antrag der Fraktionen CDU und FDP stünden konkrete Beauftragungen, die dann beschlossen werden. Das sei jedoch nicht das Anliegen, wenn man noch beraten wolle.

Der Ausschussvorsitzende erwiderte, dass beschlossen wird im Sinne des Antrages von CDU und FDP, im Sinne des Antrages der SPD und als 3. Teil des Beschlusses eine entsprechende Liste zur Diskussion in der nächsten Sitzung. Damit sei es nicht so konkret, dass jetzt schon Arbeitsaufträge erteilt würden. Das würde er jetzt an dieser Stelle zu Protokoll geben, dass mit dem Beschluss nicht gemeint ist, dass jetzt schon irgendwo ein Poller aufzustellen oder zu entfernen ist.

Damit war der Ausschuss einverstanden.

Sodann frug der Ausschussvorsitzende, wer den 3 Punkten zustimme:

1. Beschlussvorschlag des Antrages CDU und FDP
2. Beschlussvorschlag des Antrages der SPD und
3. Vorlegen einer Liste seitens der Verwaltung

einstimmig

1. Beschlussvorschlag CDU-Antrag:

1. Schutz der Fußgänger

Die Verwaltung wird beauftragt, Im Tempo – 20 Bereich der Kölnstraße zu prüfen, an welcher Stelle die Werbetafeln die Bürgersteige derart einengen, dass Personen mit Kinderwagen, Rollstuhl und Rollator behindert werden. Mit den Gewerbetreibenden sollen einvernehmliche Standorte gefunden werden.

Am Richthofenkreisel sollte vor dem Reisebüro ein Poller entfernt werden, um ein bequemerer Queren der Richthofenstraße vorgenannter Personengruppen zu ermöglichen.

2. Konflikte zwischen Fußgängern, Anliegern und Radfahrern

Die Verwaltung wird beauftragt eine Strategie zu entwickeln, die das schnelle (und nicht zulässige) Befahren mit Rädern auf dem Gehweg der nördlichen Seite des westlichen Teils der Kölnstraße (Richthofenstraße bis Buschweg) unterbinden.

3. Überwachung des fließenden Verkehrs

Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der Polizei und ggf. weiteren Fachbehörden ein Überwachungskonzept für die Verhinderung von überhöhten Geschwindigkeiten von Kraftfahrzeugen auf der Kölnstraße und der Richthofenstraße zu erstellen und den Bereich im Rahmen der personellen Möglichkeiten verstärkt polizeilich zu überwachen – auch nachts, wenn Radio Bonn – Rhein Sieg nicht mehr vor „Blitzern“ warnt.

Ggf. muss die Verwaltung der Politik vorschlagen, welche personellen Veränderungen zur Sicherstellung der Erreichung der „operativen Ziele“ erforderlich sind.

4. Ruhender Verkehr

Die Verwaltung wird beauftragt, Vorschläge für die Unterbringung des ruhenden Verkehrs nach Wegfall zahlreicher Stellplätze hinter den Edeka zu unterbreiten, da insbesondere am Donnerstagvormittag weiterer Parkraum durch den Wochenmarkt entfällt und diesen dadurch möglicherweise schwächt.

5. Überwachung des ruhenden Verkehrs

Die Verwaltung wird beauftragt, Parkverstöße im Bereich der Kölnstraße – insbesondere vor und gegenüber Ausfahrten – stärker zu überwachen und festgestellte Verstöße insbesondere beim Fremdparken auf Behindertenstellplätzen zur Anzeige zu bringen.

6. Reduzierung von Geschwindigkeiten durch alternierendes Parken

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, in welchen Straßen (z.B. Bachstraße, Kölnstraße, Parsevalstraße) alternierendes Parken eingerichtet werden kann, um die Geschwindigkeiten des Verkehrs zu reduzieren.

7. Verhinderung des Fahrens und Parkens auf Gehwegen

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob in der Kapellenstraße Pfosten aufgestellt werden können, die einerseits das Befahren der Bürgersteige verhindern, gleichwohl Begegnungsverkehre zulassen und gleichzeitig eine ausreichende Begegnungsbreite von Rollstuhl / Rollator und Fußgänger auf dem Gehweg erhalten.

Das Abpollern darf nicht die geradlinige Wegeföhrung auf den Gehwegen

insbesondere für Menschen mit eingeschränkter Mobilität führen.

8. Beschilderung von Einmündungen / Kreuzungen

Die Verwaltung wird beauftragt, die Beschilderung insbesondere an den Querungen Kölnstraße/Richthofenstraße, Richthofenstraße/Bachstraße, Kölnstraße/Florianstraße, Kölnstraße/Bruno-Werntgen-Straße zu optimieren, um Unfallgefahren zu minimieren.

Ebenso soll die Rechts-vor-Links-Regelung an unübersichtlichen Kreuzungen (z.B. Kölnstraße / Buschweg / Holzlarer Straße verdeutlicht werden, beispielsweise mit Straßenmarkierungen wie im Zedernweg

9. Einmündung Kölnstraße auf B 56

Die Verwaltung wird beauftragt mit dem Straßenbaulastträger Straßen NRW zu prüfen, mit einem verlängerten Hochbord an der Kreuzung B 56/Kölnstraße in Fahrtrichtung Bonn das unzulässige und gefährliche Abbiegen am Sportcenter Richtung Siegburg zu verhindern und welche Kosten hierfür entstehen. Weiterhin ist zu prüfen, ob in diesem Bereich auf der B 56 ein Überholverbot anzuordnen ist.

10. Begegnungsverkehr in der Kantstraße

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob die Kantstraße wieder in beide Richtungen befahren werden kann, zumindest für Radfahrer.

einstimmig

13.1.3	13/0011	Steigerung der Verkehrssicherheit der Kölnstraße - sicher Einkaufen - sicher Leben	FB 1, FD 6/10
		SPD-Fraktion	

2. Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, zur Steigerung der Verkehrssicherheit der Kölnstraße und ihrer Querachsen eine Gesamtbetrachtung durchzuführen, die folgende Ziele zur Grundlage beinhaltet:

- Klare und sichere Fuß- und Radwegeverbindungen.
- Verdrängung des Schleichverkehrs der innerörtlichen Straßen Hangelar's auf die B56.
- Entschärfung der Gefahrenstellen bei Begegnungsverkehr.

- Verbesserter Ausgleich des ruhenden Verkehrs zwischen Anwohner- und Kundenverkehr.
- Verträgliche Integration des Lieferverkehrs in die täglichen Verkehrsflüsse.
- Durchgehende und logische Verkehrsflächengestaltung.
- Langfristige und konsequente Sicherstellung sowie Evolution der getroffenen Maßnahmen zur Steigerung der Verkehrssicherheit.

einstimmig

13.1.2	12/0384	Erschließung des Plangebietes am Verkehrslandeplatz	FD 6/10
		SPD-Fraktion	

Der Ausschussvorsitzende erklärte nach Rücksprache mit der Antrag stellenden Fraktion, dass im Beschlussvorschlag gemeint sei, wenn sich Varianten 0 und 1 nicht realisieren lassen, dass man sich dann die Alternativen noch einmal anschauen. Diese sollen nicht grundsätzlich ausgeschlossen sein.

Herr Nettesheim von der den Antrag stellenden SPD-Fraktion erläuterte, dass man die Erschließung des Verkehrslandeplatzes Hangelar über die Richthofenstraße geführt haben möchte. Wenn die Prüfung aber ergebe, dass dies nicht realisiert werden kann, sollten erst die anderen Varianten geprüft werden.

Frau Feld-Wielpütz von der CDU-Fraktion merkte an, dass der Vorsitzende des Rahmenplanungsbeirates anwesend sei und aus den Beiratssitzungen etwas berichten könne. Man habe ihr aber gesagt, dass dies die Verwaltung machen werde. Die CDU habe den SPD-Antrag so verstanden, dass nur die Varianten 0 und 1 gewollt seien und alle anderen nicht.

Herr Knipp von der Verwaltung machte noch einmal das Ziel des Rahmenplanungsbeirates deutlich, nämlich das Herausloten des städtebaulichen Entwicklungspotentials sowie auch die Vorbereitung eines Bebauungsplanes. In der 4. Beiratssitzung sei über die äußere Erschließung gesprochen worden, aber ohne eine Priorisierung vorzunehmen. Es sollten Optionen gesammelt werden. Diese Optionen sollen im Werkstattverfahren zur Diskussion gestellt werden.

Der Ausschussvorsitzende stellte noch einmal heraus, dass die SPD-Fraktion aber die Priorisierung auf die Variante 1 wolle und falls das nicht funktioniere, dann erst weitere Prüfungen vorgenommen werden.

Herr Züll von der FDP-Fraktion erinnerte an den Auftrag des Rahmenplanungsbeirates,

nämlich ergebnisoffen zu diskutieren. Ziel sei ein Bebauungsplan. In diesem seien unterschiedliche Varianten zu berücksichtigen. Zum jetzigen Zeitpunkt halte er es vor der Durchführung eines Werkstattverfahrens für nicht optimal, bestimmte Varianten von vornherein auszuschließen. Bis zum Bebauungsplan sollte man sich die Vor- und Nachteile aller Varianten offenhalten.

Herr Bambeck von der CDU-Fraktion stellte fest, dass seiner Ansicht nach der SPD-Antrag nicht miss zu verstehen sei, denn die SPD habe diese Position auch in der Sitzung des Rahmenplanungsbeirates vertreten. Die CDU wird den Antrag ablehnen, weil man möchte, dass erst das städtebauliche Entwicklungspotential erarbeitet wird. Man halte es für verfehlt, zu diesem Zeitpunkt Erschließungslösungen auszuschließen. Man befände sich immer noch im Verfahren der Bestandsaufnahme.

Herr Metz von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erinnerte an das Feedback der im Rahmenplanungsbeirat anwesenden Bürger zu den weiteren Varianten. Die weiteren Varianten seien nicht auf Begeisterung gestoßen. Seine Fraktion habe Bedenken, dass mit jedweder Erschließung die Attraktivität des Verkehrslandeplatzes gesteigert wird und sich vermehrt Unternehmen ansiedeln. Dieses führe auch zu vermehrtem Lärm. Sollte man die Erschließung verändern, käme seiner Meinung nach nur die Variante 1 in Betracht.

Herr Knipp erläuterte, dass der nächste Verfahrensschritt in der nichtöffentlichen Sitzungsvorlage nachzulesen sei. Danach sei mit der Bestandsaufnahme ergebnisoffen in das Werkstattverfahren zu gehen.

Auch Herr Nettesheim erinnerte daran, dass man seitens der SPD im Rahmenplanungsbeirat deutlich gemacht habe, dass man die Erschließung über die Bruno-Werntgen-Straße nicht wolle. Sollte sich die Variante 1, nämlich der Anschluss an die Bundesgrenzschutzstraße, realisieren lassen, möchte man die anderen Varianten gar nicht erst geprüft haben.

Herr Metz verwies noch einmal auf das von Herrn Knipp ausgesagte, nämlich dass über die Varianten im weiteren Werkstattverfahren abgestimmt werden solle. Jede Fraktion habe dann im Rahmen dieses Verfahrens die Möglichkeit darauf hinzuweisen, was sie befürworte und was nicht. Man würde zwar dem SPD-Antrag zustimmen, aber im Endeffekt würde das nicht weiterbringen.

Herr Köhler vom Aufbruch! teilte mit, dass seine Fraktion das genauso sehe, wie es die SPD in ihrem Antrag geschrieben habe. Das heißt, dass die Varianten 0 und 1 als einzig realistisch gehalten werden. Man wolle ein offenes Verfahren mit Beteiligung der Bevölkerung. Ein offenes Werkstattverfahren mache aber dann keinen Sinn, wenn vorher Regelungen getroffen werden. Dies solle jetzt nicht getan werden, sondern alle Varianten sollen auf dem Tisch gelassen werden. Daher sei es angeraten, über diesen Antrag heute nicht abzustimmen.

Herr Züll von der FDP-Fraktion wiederholte noch einmal, dass man in ein ergebnisoffenes Verfahren eintreten möchte mit der Prämisse, dass man den Flugplatz im Grundsatz erhalten möchte mit flugplatzaffinen Nutzungen. Daher wolle man mit allen Varianten in das Werkstattverfahren und damit in die Öffentlichkeit gehen.

Herr Metz wies darauf hin, dass in dem Beschlussvorschlag nur stünde, dass man Planungen zurückstelle, aber nicht, dass man sie der Bürgerschaft vorenthalte. Er habe Respekt vor denen, die sagen, man wolle es ergebnisoffen diskutieren. Es gebe aber auch Bestrebungen, den Flugplatz aufzuwerten und den Verkehr über die Varianten abzuwickeln, die hierfür eigentlich nicht in Frage kommen. Damit sei seine Fraktion aber nicht einverstanden.

Frau Feld-Wielpütz meinte, dass man ein offenes Verfahren wolle und nicht von vornherein verschiedene Verfahrensschritte abkürzen möchte, wenn man von vornherein verschiedene Optionen von Varianten nicht möchte. Sie appelliere an die SPD, den Antrag zurückzunehmen.

Nach Abschluss der Diskussion ließ der Ausschussvorsitzende über den Antrag der SPD abstimmen.

6 Ja-Stimmen
7 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Herr Köhler gab nach der Geschäftsordnung eine Erklärung zum Abstimmungsverhalten:

Ich habe mich bei der Abstimmung enthalten, weil ich einen Konflikt sehe zwischen dem gewählten Verfahren, nämlich einem ergebnisoffenes Werkstattverfahren, aber hier durch den Beschlussvorschlag eine Vorfestlegung stattgefunden hat.

13.1.4	13/0026	Verkehrssituation/Schleichverkehr weg/Holzweg SPD-Fraktion	Zedern-	FD 6/10, FB 1, FB 7
--------	---------	--	---------	------------------------

Für die SPD-Fraktion erläuterte Frau Bilgmann den Antrag.

Frau Feld-Wielpütz von der CDU-Fraktion meinte, dass sie das Ansinnen des Antrages verstehen könne. Es gäbe immer Straßen mit wiederkehrenden Problemen. Diese bekäme man aber nicht in den Griff, weil man nicht gleichzeitig alle Anlieger hundertprozentig zufrieden stellen könne. Dieser Ausschuss habe sich in den Jahren 2007/2008 eingehend mit den im Antrag genannten Straßen auseinandergesetzt. Jetzt diesen Antrag abzulehnen, würde ihr schwerfallen. Die SPD beziehe sich im Antrag auf Zahlen. Sie denke, dass es helfen würde, wenn aktuelle Zahlen vorgelegt würden, z.B. die Unfallstatistik der Polizei, aber auch die tatsächlichen Verkehrszahlen sowohl hinsichtlich der Geschwindigkeiten als auch der Anzahl. Sollten die Zahlen in der nächsten Ausschusssitzung vorliegen, könnte abgewogen werden, ob man hier vertieft tätig wird.

Herr Züll von der FDP-Fraktion könne dies als Kompromiss sehen. Er habe aber auch große Sympathien zum letzten Punkt des Antrages, wonach ggf. auch im Holzweg weitere Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung vorzunehmen sind. Seiner Meinung nach sei die einzig vernünftig gestaltete Tempo-30-Zone in Sankt Augustin der Zedernweg. Mit der Vorlage neuer Zahlen sei er einverstanden.

Herr Metz von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN führte aus, dass solche Vorhaben auch unter dem Hintergrund vorhandener Kapazitäten der Verwaltung zu sehen seien. Die Problematik Zedernweg/Holzweg sei ziemlich alt. Ein Königsweg sei bislang noch Keinem eingefallen. Er habe Verständnis für den Antrag. Es werde aber auch nicht besser, wenn alle zwei Jahre unterschiedliche Fraktionen sagen, dass die Verwaltung dort tätig werden soll. Das sei nicht zielführend.

Frau Feld-Wielpütz erläuterte noch einmal ihre Intention, nicht zu sehr ins Detail zu gehen, sondern auf den Sachstand von 2008 Bezug zu nehmen. Wenn es die Wahrnehmung der Bürger sei, dass sich der Verkehr seit 2008 verstärkt habe, aber um die Verwaltung nicht mit weiterer Arbeit zu belasten, würde ein Anruf bei der Kreispolizei hinsichtlich der Unfallstatistik genügen. Und bezüglich der Verkehrszahlen könne die Verwaltung ein Messgerät aufstellen und die Ergebnisse im nächsten Ausschuss vorstellen. Dann würde man sehen, ob der Antrag Sinn mache oder nicht.

Mit dieser Vorgehensweise erklärte sich die SPD-Fraktion einverstanden.

Herr Weber von CDU-Fraktion stellte fest, dass er im Holzweg wohne und seine Empfindung sei, dass gerade durch den Holzweg nicht gerast wird. Egal aus welcher Richtung man komme, es entstände immer Begegnungsverkehr. Dadurch komme es nicht zu höheren Geschwindigkeiten. Auch meine er, dass man auf dem Zedernweg in der Regel auch nicht schnell fahren kann.

Der Ausschussvorsitzende fasste zusammen, dass die Verwaltung zugesagt habe, zur nächsten Sitzung die entsprechenden Zahlen zu liefern und die SPD-Fraktion damit einverstanden ist, dass der Antrag in die nächste Sitzung vertagt wird.

Der Tagesordnungspunkt wurde vertagt.

14		Anfragen und Mitteilungen	
-----------	--	----------------------------------	--

14.1		Anfragen	
-------------	--	-----------------	--

14.1.1	13/0027	Erneuerbare Energien in der Stadt Sankt Augustin Fraktion Aufbruch	BNU
---------------	----------------	---	------------

Die Anfrage wurde schriftlich beantwortet.

Herr Züll von der FDP-Fraktion stellte die Nachfrage, ob die Fachverwaltung ihm zustimme, dass aus Sicht der Verwaltung auch die Mitglieder der Architektenkammer und der Ingenieurkammer Bau ggf. nach fortbildender Schulung geeignete Berater für die Umsetzung der EnEV sind und bezüglich der baulichen Umsetzung im Zuge von Altbausanierung als bauvorlageberechtigte Entwurfsverfasser sogar die vom Gesetzgeber vorgesehenen Ansprechpartner sind?

Dies wurde von Herrn Trübenbach von der Verwaltung mit Ja beantwortet.

14.1.2	13/0037	Verbesserte Bürgerinformation über Bauleitplanung: Erfassung von Bebauungsplänen und -verfahren auf der städtischen Website Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	BRB, FD 6/10
---------------	----------------	---	---------------------

Die Anfrage wurde schriftlich beantwortet.

14.2		Mitteilungen	
-------------	--	---------------------	--

Mitteilungen wurden von der Verwaltung nicht gegeben.

Danach schloss der Ausschussvorsitzende um 21.05 Uhr die öffentliche Sitzung und unterbrach den Sitzungsfortgang für 5 Minuten.